

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1911. Nr. 380.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Bezugspreis für Halle und Umkreis 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr 7.50 M., halbjährlich 14 M., jährlich 27 M., durch die Post bezogen 30 M., für das Vierteljahr 9 M., halbjährlich 17 M., jährlich 32 M., durch die Post bezogen 35 M.

Zweite Ausgabe

Abonnementpreise für die halbesbüchlerische Zeitungs- oder deren Stamm für Halle und den Umkreis 20 M., auswärts 25 M., Resten am Schluss bei rechtzeitiger Zahlung die Hälfte 100 M., für den Umkreis 15 M., auswärts 20 M., Resten am Schluss bei rechtzeitiger Zahlung die Hälfte 100 M., für den Umkreis 10 M., auswärts 15 M., Resten am Schluss bei rechtzeitiger Zahlung die Hälfte 100 M.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Dienstag, 15. August 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16290.
Druck und Verlag von Otto Zehle in Halle a. S.

Ein Pyrrhusieg.

Die Demokratie aller Länder jubelt über die „Unterwerfung der Lords“ und das „zu Kreuz gekochene“ Oberhaus, das nach langer Verhandlung das Parlamentsgesetz, die sogenannte Weisheit, mit 131 gegen 114 Stimmen angenommen hat.

Nach dem leidenschaftlichen Appell Lord Selbornes und Lord Curzon, der Vertreter der beiden in der Opposition herrschenden Anführern, schritt das Haus zur Abstimmung über die Frage, ob das Oberhaus auf den Amendements Vorschläge beharren solle oder nicht. Das war die kritische Frage, und wenn der Antrag Worley das Haus sollte auf den Amendements nicht bestehen, verurteilt worden wäre, wäre die Parlamentsbill getallen und das Land hätte sich gegenüber einer neuen Krise befunden. Das Ergebnis der Abstimmung war lange zweifelhaft; allmählich wurde es jedoch klar, daß die Regierung gewonnen hatte, obwohl Salisbury Anhänger der Opposition waren, als man erwartete hätte. Aber auch die Regierung fand unerwartete Unterstützung. Mehrere Bischöfe und eine Anzahl unionistischer Weisheit stimmten mit der Regierung. Schon hierdurch verlor die geringe Mehrheit von 17 Stimmen ganz und gar den Charakter eines eindrucksvollen Sieges.

Innerhalb löst sich der Augenblickserfolg nicht weg, und es ist zweifellos mehr als ein Zufall, daß zu gleicher Zeit das Unterhaus mit 255 gegen 158 Stimmen die Entschließung angenommen hat, daß den Mitgliedern des Hauses jährlich 400 Pfund ausbezahlt werden sollen. Die parlamentarische Tätigkeit, die bis dahin in Anlehnung an Vorträge unabhängiger „Gentlemen“ war, wird mit diesem Beschluß ungewisslich zum Zusammenstoß für Berufspolitiker kann noch zweifelhafter Glück werden. Mit Satz und Recht weisen auch unter deutschen demokratischen und sozialdemokratischen Mätern mit großer Genugtuung auf die in der Nacht zum Freitag vollzogene Demokratisierung der englischen Verfassung hin. Der „Vorwärts“ a. B. schreibt:

„Wenn wir die mit dieser Abstimmung erfolgte weitere Demokratisierung der englischen Verfassung auch nicht überschätzen, so muß doch zugegeben werden, daß das Zweikammersystem durch die Niederlage der Lords einen schweren Schlag erhalten hat. Die in der Bill vorgesehene Ausschaltung des Oberhauses in Finanzfragen gibt dem Unterhaus ein gewisses Übergewicht. Die Unterwerfung der Lords hat aber nicht nur für England Bedeutung, sie ist gleichzeitig eine Warnung an die Reaktionskräfte und Sozialisten anderer Länder, die bis jetzt in den ersten Kammer wie in einem festen Walle gestanden. Die Kapitulation der englischen Lords mag ihnen zeigen, daß die Demokratie allmählich auch mit den selbstverherrlichten Absoluten fertig wird. In England hat der bürgerliche Liberalismus den Sieg über Absolutismus und Oberhausreaktion davongetragen. Ob in Deutschland das liberale Bürgerhaus ebenso energig gegen die verschiedenen ersten Kammer zu Felde ziehen wird, ist nach jeder Hinsicht und seiner politischen Verantwortlichkeit kaum zu erwarten. Hier wird der proletarische Wahlrechtskampf die morschen und muffigen Mauern der Absoluten zu erschüttern und zu Fall zu bringen haben. Noch reaktionärer und abstoßender als das englische Oberhaus ist das preussische Herrenhaus. Das Beispiel Englands kann nur zur Anfeuerung dienen, auch dieser abstrichen „Rumensammlung“ das Grab zu schaufeln.“

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß das „Berliner Tageblatt“ in selbstverständlicher Schicksalverbundenheit die Gedanken der „Vorwärts“ noch weiter ausspannt. Ungemein bezeichnend ist dabei, wie das „Berliner Tageblatt“ sich an den englischen König heranbringt, indem es schreibt:

„Was einer in Eignung vertriebenen Aristokratie an Selbstverleugung gefiel, wird sich dem Königtum zuwenden, dem Königtum, das mit ruhiger Sicherheit den Weg gegangen ist, den Bernunft, Heberlieferung und Verfassung ihm weisen: den Weg mit dem Volk, nicht gegen das Volk. Bürger und Arbeiter, die im Bunde mit dem Königtum den Widerstand der aristokratischen Grundbesitzer gebrochen haben, werden nun zeigen müssen, daß das neue, das demokratische England das Erbe der geschichtlichen Weisheit bewahren zu können vermag. Das Gesetz über die Diäten für Mitglieder des Unterhauses, das gestern gleichfalls angenommen wurde, hat eine weitere Stütze niedergelegt, die das Volk von der Selbstregierung trennte. So sind der demokratischen Weisheit, die unsere Zeit durchdringt, gestärkt, in England zwei Tore auf einmal geöffnet worden. Und bei uns? Es muß die Zeit zeigen lassen, bis sie die Dämme niederbricht.“

Vielleicht überlegt man sich das doch in Deutschland noch ein wenig, und aller Voraussicht nach wird die englische öffentliche Meinung selbst über die heute vom Böbel behubelten Weisheit sehr bald anderer Meinung sein. Einfließen geben nur unionistische Mätern der Stimme der Vernunft Ausdruck. So schreibt die „Morning Post“:

„Das Land ist jetzt von der Gnade einer einzigen Kammer abhängig, die von einem Manne beherrscht wird, dessen Gehirne es weichen ist, das Vereingete Königtum zu stützen. Der Schwere, der das Land vor den unheilvollsten Mächten bewahren sollte, ist zerstört worden.“

Der „Daily Express“ sagt:

„Wir werden nicht länger von König, Unterhaus oder Oberhaus regiert, sondern von einem autoritären Kabinett, das von Herrn Redmond geführt wird. Diese tiefe Entwürdigung,

dieser nationale Ruin, ist durch die Stimmen der Unionisten, sowie deren Führer herbeigeführt worden.“

„Daily Mail“ führt aus:

„Ein Verbrechen, das nicht wieder zu tun zu machen ist, ist begangen worden. Bedauerlich ist, daß es möglich wurde, durch Vertreter der sogenannten Kompromiß-Dee. Von heute ab haben wir kein Parlament mehr in England, sondern der Resolution sind nur und vor geöffnet. Das Zweikammersystem ist der Welt geschick.“

Der „Standard“ meint:

„Jeder Unionist muß eine Verachtung über die schamhaften Wandel empfinden, mit denen das Gesetz durchgeführt worden ist. Es blieb nur die eine Frage, ob die Regierung sich am letzten Ende gezwungen sehen würde, ihre Drohung auszuführen.“

Es wird nicht ausbleiben, daß das englische Bürgerrecht sich gleichfalls darauf bezieht, wie es denn gerade in England dazu berufen ist, die Geschäfte der Iron und der spezialisierten Bodenwässer zu belegen. Nur weil Herr Asquith und die Seiner ohne die immer sozialistischer auftretenden Arbeiterpartei und Herrn Redmonds irische Gefolgschaft keine Mehrheit zu bilden verjücht haben. Wiederholt haben wir bereits darauf hingewiesen, daß das Schicksal dieses Kabinetts sich aller Voraussicht nach bei der Sommerfrage entscheiden wird, und alle politischen Zeichen müßten trügen, wenn es tatsächlich dem Ministerium gelingen sollte, für diese Preisgabe des englischen Staatsgebans eine Mehrheit zusammenzutrommeln, wie es eine solche für die Verootorage gefunden hat. F. B.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser traf am Montag abend 7 Uhr 40 Min. wieder in Wilhelmshöhe ein. Mit ihm kam die Kronprinzessin von Griechenland, die einige Tage dort bleiben wird. Die Kaiserin und Prinzessin Viktoria Luise wohnten am Sonntag dem Gottesdienst in der Schlosskirche zu Wilhelmshöhe bei. Abends unternahm die Kaiserin mit der Prinzessin und großen Gefolge im Wagen einen Ausflug von Wilhelmshöhe nach den Braunsbergen und dem Bismarckturm. — Das Kaiserpaar wird am 30. August der Einweihung der im 14. Jahrhundert erbauten und jetzt erneuerten Marienkirche in Stargard (Pommern) beiwohnen.

* Der Reichskanzler in Berlin. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mittelt, ist der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, der Montag früh in Berlin eingetroffen war, nachmittags nach Solmsfino zurückgekehrt.

* v. Kiderlen-Wharfe geht nicht nach Marokko. Die von einem böhmischen Kette verbreitete Meldung, wonach der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kiderlen-Wharfe, sich demnächst nach Marokko begeben wird, enthält, wie ein Berliner Lokalblatt an zuständiger Stelle erfährt, der tatsächlichen Verhältnisse. Auch dürfte der Hinweis genügen, daß Herr v. Kiderlen vor wenigen Wochen aus Stiffingen zurückgekehrt ist, wo er die Kur länger gebraucht hat.

* Zu Ehren des verstorbenen Generals v. Braunschweig. Das Armeeoberkommando hat veröffentlicht eine Kabinettsordre des Kaisers, durch welche zu Ehren des Verdienstes des verstorbenen Generals der Infanterie, D. von Braunschweig bestimmt wird: 1. Sämtliche Offiziere des 17. Armeekorps legen auf drei Tage Trauer an. 2. An den Weisungsfestlichkeiten am 16. August, d. J. in Braunschweig nehmen teil der kommandierende General des 17. Armeekorps und der Kommandeur des Königlich Preussischen Garde-Regiments Nr. 4, à la suite dessen der Verstorbenen getraut hat.

* Wohlgebrachte Herbst. Wie die Wälder melden, hat die reichliche Vegetation den ehemaligen nationalsozialistischen Depuatierten Verbleibungs Anstalt, welcher an dem von der Vereinigung Souverain français veranstalteten Fest der Schlachtfelder bei Metz teilnehmen und selbstig Worträge halten sollte, verboten, die Reichslande zu betreten.

* Kriegerehren und Sozialdemokratie. Auf dem letzten Vertretertag des Streitkräfteverbandes Königsberg-Land wurde nach der „Ostpreussischen Zeitung“ dem Vorstand des Verbandes, Landrat a. D. v. Botsch-Medau, unter allgemeiner Zustimmung der Verammlung nachstehende Ausführungen:

„Die bevorstehenden Reichstagswahlen sind auch für die Kriegerehren insofern von Bedeutung, als es gilt, bei dem Wahlkampf Bestrebungen der für die Weisung geltenden Grundbesitzer sorgfältig zu vermeiden. Ein wichtiger Grund für die Kriegerehren ist die Wahrung voller Unparteilichkeit zwischen den auf dem Boden der monarchistischen Staatsordnung lebenden Parteien.“

„Die wichtigste Pflicht eines Kriegerehrens zu sein und einem Sozialdemokraten seine Stimme zu geben, wäre ein Beweis von unehrlicher, heuchlerischer Gesinnung, und ist, bei der Austritt aus dem Verein jedem ohne weiteres freigestellt, ein Gewissensbisse in seiner Hinsicht geübt wird, unter seinen Mitbürgern einschuldbar.“

„Ein Konflikt kann in dieser Hinsicht für Mitglieder von Kriegerehren, namentlich in solchen Fällen eintreten, wo die bürgerliche Partei, der sie angehören, ihren Anhängern aus irgendwelchem Grunde die Stimmabgabe für den Sozialdemokraten zur Pflicht macht. In solchen

Fällen, die leider in seibener Weise in neuerer Zeit wiederholt vorgekommen sind, stellt das jeder Partei angehörende Kriegerehrensmitglied vor der Frage, entweder die ihm von seiner Partei gegebene Weisung, für den Sozialdemokraten zu stimmen, nicht zu befolgen, oder wenn er sie befolgen will, vorher aus dem Verein auszutreten, eine Situation, die für manchen Verein schmerzliche Entscheidungen mit sich bringen kann.“

Es ist nötig, sich in unfernen Kameradenkreisen den Ernst dieser Frage rechtzeitig klar zu machen, damit nicht später Mißgriffe begangen werden, die das Kriegerehrensmitglied auf das schwerste erschüttern können.“

* Der Niederländische Schwerverband für Handel und Gewerbe verleiht loben den Bericht über seine am 25. Juli in Braunschweig abgehaltene Vorstandssitzung. Am ersten Jahrestag 1911 sind dem Verbande 1268 ordentliche Mitglieder und sieben Körpervertreter mit 320 Mitgliedern beigetreten. Von den Beisitzenden, die gekost wurden, sei eine Erklärung erwähnt, in der es heißt:

„Die Gesamtvorstandssitzung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Ausbruch des Sozialbundes vom 7. Juli an dessen Organen und Vertretern, worin der Sozialbundes und unfernen Niederländischen Schwerverband als „nordlich dem Bunde der Landwirte angehängt“ bezeichnet und unterstellt, daß wir unsere Mitglieder „in das bündlerische Fahrwasser führen“ wollen. Der Gesamtvorstand weist diese verleumdenden Behauptungen mit Entschiedenheit zurück und bricht sich keinen Bedauern darüber aus, daß der Sozialbundes mit bezüglichen Verweirungen Mittel eine unabhängige und unparteiliche Organisation des gewerblichen Mittelstandes zu bekämpfen sucht.“

In einer Kundgebung zu den Wahlen wird gesagt, daß kein Gewerbetreibender unmittelbar oder mittelbar die Sozialdemokratie unterstützen dürfe, da sie der Todfeind des gewerblichen Mittelstandes sei.

Ausland.

* Oesterreich-Ungarn. Der Kaiser ließ dem Feldzeugmeister Freiherrn v. Fejervary anlässlich seines 60jährigen Militärdenkfestes ein G a n d s c h r e i b e n ausgehen, in dem er ihm seine vollste Anerkennung für die vorzüglichen Leistungen des Generals ausdrückt und ihm zum Gedächtnis an seine Waffentat bei San Martino eine eigens geprägte Medaille verleiht mit dem Wunsch, er möge sich noch lange Jahre der Erinnerung an sein vielbewegtes, erfolgreiches und ehrenvolles Soldatenleben freuen.

* Grundsteinlegung des deutschen Volkshospitals. Am 14. d. M. erfolgte in Petersburg die Grundsteinlegung des neuen deutschen Volkshospitals in Gegenwart sämtlicher Mitglieder der deutschen Botschaft und der kaiserlichen Gesandtschaft.

* Die Vermählung der Prinzessin Selene von Serbien mit dem Großfürsten Johann von Rußland findet in Gegenwart des Kaiserpaars am 4. September in Peterhof statt.

* Der Gesandte von Serbien auf dem Vormarsch. Nach einer Neutermelung aus Teheran soll der f r e i h e r e s c h a f t l i c h e n o m o l, etwa achtzig Meilen nördlich von Teheran, eingetroffen sein. Siebzig Meilen östlich der Gauhafnd hat ein Kampf zwischen Regierungstruppen und den Anhängern Mohammed Ali unter Reichid es Sultan stattgefunden, in dem die Truppen g e s i e g t haben sollen. Reichid es Sultan sei gefallen. Die Einnahme von Seman durch Streitkräfte des früheren Schahs ist bisher nicht bestätigt.

* Marokko. Eine Meldung aus Tanger bestätigt, daß von den Eingeborenen verbreitete Gerücht, daß der Marokkaner im Hauptort des Südsieges, Tarudat, am 6. Juli angegriffen und in einzelnen Stadtbürteln Nüderien verübt habe, weil der Kad von Tarudat Europäer Grundstücke verkauft habe. In der Stadt befinden sich gegenwärtig drei Franzosen, ein Deutscher, ein Oesterreicher und ein Algerier, die sämtlich Vertreter Mannesmann sein sollen. Der hierländisch-ungarische Gesandte in Mogador unternahm bei dem einflussreichen Reich Schritte, damit Maßnahmen zum Schutze Tarudats getroffen würden.

* Griechenland. Dem „Paris-Journal“ wird aus Athen gemeldet, der Kronprinz habe bei dem Empfang von höheren Offizieren geäußert, die französische Militärmission, die gegenwärtig bei der Division von Athen tätig ist, solle sich im kommenden Jahre mit der Division von Larissa, 1913 mit der Division von Mikolung beschaftigen. Dies solle, bemerkt der Korrespondent, einen Widerspruch zwischen dem Kronprinzen und dem von dem General Couz ausgearbeiteten Plan bar, wonach die Offiziere der ganzen Armee truppweise nach Athen kommen unter Leitung der dortigen französischen Militärkommission eine Lehrgangzeit durchmachen sollen. Es werde befürchtet, daß es zu ersten Differenzen zwischen dem General Couz und dem Kronprinzen kommen werde.

Die Luftschiffahrt.

Beim Ansatze verfohlen.

Der am 13. d. Mts. von Calais aufgestiegene Flieger Raoulet, der den Kanal überfliegen wollte, ist an seinem Verhängnis über dem Meeresspiegel gescheitert. Bei seinem Aufstieg um 7 Uhr abends herrschte prädunkeltes Wetter. Es erhob sich zwar eine ziemlich lebhaft Weisheit, doch vollzog sich der Abflug ohne Schwierigkeiten.

